

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Mai 2013

05/2013

Das MittenDrin hat ein neues Domizil



Das Jugendwohnprojekt kauft Neuruppiner Bahnhof

Seit 1993 gibt es in Neuruppin das Jugendwohnprojekt MittenDrin, wo es günstigen Wohnraum, Rückzugsmöglichkeiten für Menschen in Notsituationen und vielfältige kulturelle Angebote gibt. Auch heute noch ist der Verein seiner Grundidee von einer sozialeren Welt treu geblieben. Er ist in Neuruppin zu einer kontrovers diskutierten, aber doch nicht wegzudenkenden Institution geworden.

Seit Jahren gibt es eine Diskussion, auch in den Reihen unserer Partei, über den Zustand des stadteigenen Gebäudes

als in der »Sammelunterkunft« des Kreises und auch einen Schutzraum vor rassistischen Übergriffen finden)

- Kino (sinnvolle Verbindung von Unterhaltung und Bildung. Mit angemessenen Programmen können hier Diskussionen angestoßen werden)
- Spielzimmer (gemeinsame Freizeitgestaltung)
- Öffentliche Gruppenräume (frei zugängliche Gruppenräume für unterschiedliche, auch kreative Initiativen)
- Büroräume (für die Gesamtverwaltung

Weiterhin sind Räume für Ausstellungen, Sport, Computer, Musikunterricht, Proben- und Tonstudio sowie Holz- und Kreativwerkstatt geplant. Aber auch ein so genannter Chillraum wo man einfach einmal die »Seele baumeln lassen kann«.

Natürlich wird im MittenDrin weiter selbst in einer eigenen Küche gesunde Kost gekocht. Dazu gehört auch ein Essensraum mit Lager. Auch eine Bar wird es wieder geben. Wie bewährt, wird es einen großen kostenlosen Schlafraum geben

Um all das umzusetzen, haben der Vorstand des MittenDrin und die extra für die Verwaltung der Immobilie gegründete »Soziale Zentrum Bahnhofstraße 10a GmbH« eine Gesamtkonzeption entwickelt. Das MittenDrin benötigt jedoch sowohl für den Erwerb der Immobilie Bahnhof als auch für dringende Sanierungsarbeiten (Dach muss dringend »gemacht« werden) tatkräftige Hilfe sowohl als Arbeitsleistung als auch in Form von finanziellen Zuwendungen. Aus diesem Grund ruft der Kreisvorstand unserer Partei alle Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten und Leser der Märkischen Linken auf, nach Möglichkeit das Jugendwohnprojekt zu unterstützen. Das kann auch durch ein Darlehn, für welches Sicherheiten geboten werden, geschehen. Wer das JWP MittenDrin unterstützen will, kann unter <http://jwp-mittendrin.de/blog/bahnhof/> mit den Jugendlichen Kontakt aufnehmen.



in der Schinkelstraße und darüber, wie die Jugendlichen dort leben. Nun hat sich das JWP mit dem Neuruppiner Bahnhof eine neue Zukunftsperspektive geschaffen, wo die bestehenden Bereiche nicht nur erhalten sondern auch neue geschaffen werden können. So plant das JWP folgende Projekte:

- Wohngemeinschaft (kostengünstige WG-Zimmer für Schüler, AZUBI, Studenten)
- Wohneinheit für Asylsuchende (mindestens eine Wohneinheit soll für Migranten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden wo sie bessere Bedingungen

und Verwaltung von Einzelobjekten)

- Umsonstladen (hier können Dinge ganz einfach abgegeben und ebenso mitgenommen werden)
- Notfallzimmer (für Menschen, die plötzlich auf der Straße stehen oder vor Konflikten in der häuslichen Umgebung »flüchten« müssen)
- Seminarraum (hier können eigene Gruppen, aber auch Gruppen »von außen« Treffs und Konferenzen abhalten)
- Bibliothek / Leseraum (kostenfreie Buchausleihe und Raum für Leserkreise, Hausaufgaben, studentische Arbeiten etc.)

Achim Müller

Neu bei den LINKEN

Im Regionalverband Wittstock ist Andrew Förster, 49 Jahre, Bäcker von Beruf und aus Berlin stammend, vor kurzem Mitglied der Partei DIE LINKE geworden. Er arbeitet beim Verein Coolmuehle e. V. Dieser Verein - ihm gehören derzeit 41 Frauen und Männer zwischen 23 und 70 Jahren an - hat seinen Sitz in 10997 Berlin, Muskauer Str. 45. Er hat einen Teil des ehemaligen Ferienobjektes am Großen und Kleinen Baalsee ersteigert. Inhalt der Arbeit dieser 41 Frauen und Männer mit vielen verschiedenen Berufen und damit auch von Andrew Förster ist die Entwicklung und Umsetzung eines generationsübergreifenden ökologischen Projekts. Seminare und Workshops sollen hier in Kuhlühle einmal stattfinden, Ausstellungen, Lesungen,

Filme, Konzerte, Vorschläge für ressourcensparendes ökologisches Bauen wollen erarbeitet und ein gleichberechtigtes Zusammenleben und Arbeiten praktiziert werden. Einige Mitglieder des Vereins werden hier leben, andere kommen an den Wochenenden hierher. Die vorhandenen Bungalows können von Kinder- und Jugendgruppen im Rahmen der Vereinsarbeit genutzt werden.

Das Projekt bietet jedenfalls interessante Inhalte und Aufgaben. Wir freuen uns, dass wir mit Genossen Andrew Förster in Zukunft eine gute Verbindung zu diesem Verein und ihrem Projekt haben.

Regionalvorstand Wittstock

Putin ehrte Sachsenhausen

Durch Russlands Präsident Wladimir Putin wurde auch die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen »für einen großen Beitrag der russisch-deutschen Zusammenarbeit im Bereich des Kriegsgedenkens« ausgezeichnet.

Bekanntlich waren die sowjetischen Häftlinge nach den polnischen im KZ

Sachsenhausen die größte Gruppe. Ab Spätsommer 1941 sind dort innerhalb weniger Wochen 13.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet worden. 2001 wurde über ihr Schicksal eine Sonderausstellung erarbeitet, die anschließend auch in Moskau im Museum des Großen Vaterländischen Krieges gezeigt wurde.

Kommentar

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erleben, sagt ein altes Sprichwort und wenn einer eine Dienstreise tut, dann bekommt er Reisekosten erstattet, sagt das Bundesreisekostengesetz. Aber das trifft nicht für Brandenburger Lehrer zu. Seit 20 Jahren ist es in unserem Bundesland Praxis, dass, wenn Lehrer mit ihren Schülerinnen und Schülern auf Klassenfahrt gehen wollen, ihnen, wie lokale Medien berichten, eine Verzichtserklärung »abgenötigt« wurde, d.h. sie mussten erklären, dass sie alle Kosten, die ihnen in Verbindung mit einer Klassenfahrt entstehen, selbst tragen. Dazu sagte einmal eine Lehrerin, dass sie empfinde, dass das Schulamt meint, es sei ihr Privatvergnügen, wenn sie mit ihren Schülern auf Klassenfahrt geht und dabei gar nicht berücksichtigt, dass dort ein Lehrer 24 Stunden »im Dienst« ist. Nun hat das Verwaltungsgericht Frankfurt/O. diese Praxis beanstandet. Eigentlich könnten ja unsere Lehrer jetzt aufatmen und die nächste Klassenfahrt sorglos planen. Aber da haben sie nicht mit dem Brandenburger Bildungsministerium gerechnet. In einem Schreiben vom 26. April 2013 wurden alle Schulleiter durch die staatlichen Schulämter aufgefordert, Genehmigungen für Ausflüge / Klassenfahrten vorerst nicht mehr zu erteilen. Dieser Reisetopp soll so lange gelten, bis sich das Land darüber im Klaren ist, wie zukünftig mit Dienstreisen von Lehrern verfahren wird. Das heißt, dass das Bildungsministerium die zukünftige Verfahrensweise bei Ausflügen überdenken muss. Ministeriumssprecher Breiding sagte dazu, dass bisher die Lehrer ja schon in der Regel 20% Zuschüsse für Klassenfahrten erhielten und es einen »Blankoscheck« für Klassenfahrten auf Grund der Haushaltslage sicherlich auch künftig nicht geben wird. Auch will das Land demnächst vorgeben, welche Schulfahrten pädagogisch sinnvoll sind und wahrscheinlich nur noch diese finanzieren? Da können sich ja jetzt die kommunalen Jobcenter freuen. Sparen sie doch mit dieser Entscheidung Tausende von Euro, wenn sie nämlich keine Kosten für Klassenfahrten aus den Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus bedürftigen Familien mehr zahlen müssen. Dann können sie, wie in unserem Kreis geschehen, dieses eingesparte Geld »umschichten«.

Unser Genosse

Hanns Schulz

geb. 04.11.1921

hat uns am 21. April 2013 für immer verlassen.

Den 90. Geburtstag feierte er noch in großer Runde mit seinen Alt Ruppiner Genossen, mit viel Humor und lebhaften Erzählungen aus seinem Leben. Auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes zuletzt zurückgezogen lebend, hat er trotzdem immer Anteil am politischen Geschehen genommen. Seit Jahrzehnten war er Mitglied der sozialistischen Partei, war zutiefst parteiverbunden und hat sich stets für sie voll und ganz, ohne Rücksicht auf persönliche Befindlichkeiten, eingesetzt, hat gestritten für eine friedliche Welt und eine sozialistische Zukunft. Immer war er hilfsbereit.

Sein Arbeitsleben verbrachte er in der Landwirtschaft und war mit Herz und Verstand dabei. 1954 in den Kreis Neuruppin gekommen, war er vorher Oberagronom in der MTS Fürstenberg, besuchte einen intensiven Jahreslehrgang, arbeitete kurze Zeit als Landwirtschaftssekretär in der Kreisleitung, dann als Politleiter im VEG Zermützel, danach im Landratsamt als verantwortlicher Mitarbeiter für die Geflügelproduktion im Kreis und später im KIM Gühlen-Gliencke. So manche kennen ihn aus dieser Zeit nur als »Putenschulze«. Wo Not am Mann war, ist er eingesprungen und hat Aufgaben, die ihm gestellt wurden, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt.

Wir werden unserem Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreisvorstand DIE LINKE
Ostprignitz-Ruppin

Stadtvorstand Neuruppin

Basisorganisation
Alt Ruppin

Es geht um unsere freie Heide

Kreisvorstand lud Heinz-Sielmann-Stiftung ein

Um die »Zivile Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide - Übernahme des Stafettenstabes der Bürgerbewegung« ging es in einer vom Kreisvorstand der LINKEN vorbereiteten Beratung am 11. April 2013.

Projektleiter Lankow von der Heinz-Sielmann-Stiftung, die einen Teil der Flächen der Heide für 33 Jahre übernommen hat (ähnlich einem Erbpachtvertrag, bestimmte Pflichten bleiben aber beim Bund) konnte sich freuen über den vollbesetzten Saal im Neuruppiner Rosengarten. Die Teilnehmer wiederum waren sehr angetan von seinem sachkundigen, informativen Vortrag und seiner Beantwortung vieler Fragen.

Kirsten Tackmann, unsere Abgeordnete des Bundestages für den Wahlkreis, zu dem die Heide gehört, hatte die Zusammenkunft auch namens des Kreisvorstandes eröffnet und freute sich besonders, dass Mitglieder der ehemaligen Bürgerinitiative und Vertreter aus etlichen Gemeinden erschienen waren.

Besonders interessant war für die Teilnehmer, zu hören, wie die Heinz-Sielmann-Stiftung arbeitet, dass möglichst noch in diesem Jahr Wege freigegeben werden sollen, dass bei weitem nicht das ganze Gebiet

»entmunitioniert« werden kann, nur 200 m rechts und links der betreffenden Wege und in 20 - 30 cm Tiefe, dass rund 30 km Wege dafür vorgesehen sind, aber ein laufender m 92 Euro kostet - man kann sich selbst ausrechnen, wie teuer das wird und wie dringend hier Fördermittel sind. In diesem Zusammenhang wurde auch durch Herrn Lankow noch einmal betont, dass die Belastung der Heide durch Munition die eine Seite ist, aber dass auch nie vergessen werden sollte, wodurch das alles geschah - dass der faschistische Krieg die Ursache war.

Artenvielfalt von Pflanzen- und Tierwelt, die Natur bewahren und schützen, ist das erstrangige Anliegen der Stiftung, die viele Erfahrungen auf diesem Gebiet aufweisen kann. Aufschlussreich für manchen war, zu hören, dass Schafe zu weiden z.B. nicht überall in der Heide angebracht ist oder, dass Wisente nicht ausgesetzt werden. In der Heide fehlt übrigens, nicht nur dafür, Wasser. Bestätigt wurde, dass durch das Bundesforstamt bisher eine gute Arbeit nicht nur in Sachen Brandschutz geleistet worden ist.

Interessiert nahm Herr Lankow den

Hinweis auf, für eine künftige auch touristische Erschließung der Heide heimat- und waldgeschichtliche Besonderheiten mit zu nutzen. Z.B. gab es lt. Heimatforscher Siegfried Schwanz im genannten Gebiet früher ca. 30 Teerschwelereien, ein für viele heutige Bürger völlig unbekannter Arbeitszweig.

Hier sind bei weitem nicht alle Fragen genannt, die in der Beratung eine Rolle spielten. Und manches wurde auch noch nicht eindeutig ausgesprochen, z.B. vom stellv. Landrat Nüse. Es zeigte sich erneut, dass ein enges Zusammenwirken von Stiftung, Bundesforstamt, Bundeswehr, den Gemeinden und vor allem dem Kreis eine immer größere Bedeutung gewinnt. Denn es gibt unbestritten so manche privaten und kommunalen »Gelüste« auf die Heide. Ihnen bedingungslos nachzugeben, macht aber gerade hier überhaupt keinen Sinn. Da muss man schon mal zuallererst an das Gemeinwohl denken. Dafür hat die Bürgerinitiative und haben die Zehntausende, Hunderttausenden in all den Jahren bei den Neujahrs- und Osterwanderungen sich nachdrücklich engagiert.

Christa Horstmann

100 Prozent sozial

Schluss mit der Zweiklassenmedizin – Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung

Für fast alle Gesundheitsleistungen werden heute Zuzahlungen gefordert. Das betrifft vor allem arme Menschen, die ja nachweislich früher als Reiche sterben. Deshalb fordert Die Linke:

- Abschaffung der Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel
- Bezahlung aller medizinisch notwendigen Leistungen durch die Krankenkasse,
- Keine Rationierung medizinischer Angebote
- eine effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise und die Einführung einer Positivliste

Da das Gesundheitswesen in den letzten Jahren verstärkt auf Gewinne ausgerichtet wurde, ist dringend ein Umsteuern notwendig. Die Beschäftigten, egal ob im ambulanten oder stationären Gesundheitsbereich

müssen mit immer weniger Personal immer mehr und neue Aufgaben übernehmen, so dass für die Arbeit am und mit dem Patienten immer weniger Zeit bleibt. Deshalb fordert Die Linke:

- Krankenhäuser müssen solide und bedarfsgerecht finanziert werden Stopp der Unterfinanzierung
- Schluss mit der Privatisierung von Krankenhäusern
- Der Personalmangel, vor allem beim Pflegepersonal in Krankenhäusern, Pflegeheimen und der ambulanten, häuslichen Pflege muss beseitigt werden – dazu müssen die entsprechenden Voraussetzungen bundeseinheitlich geschaffen werden
- Sicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung – in die Bedarfsplanung müssen neben den Ärzten alle Gesundheitsberufe mit einbezogen werden
- Die Trennung von ambulanter- und stationärer Versorgung muss aufgehoben

werden und die Krankenhäuser sollten die Genehmigung erhalten, Polikliniken oder Ambulanzen zu betreiben

- Die Mitbestimmung der Versicherten, der Patientenvertretungen und der Beschäftigten unterstützen wir
- Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen der Erkrankungen zu verringern

Von einer Kostenexplosion der Gesundheitsausgaben, wie die Regierungsparteien immer wieder betonen, kann keine Rede sein. Seit 20 Jahren liegen diese Kosten konstant bei zehn bis elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Der Grund für die Erhöhung der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung sind die sinkenden Lohn- und Gehaltsanteile.

Deshalb fordert Die Linke:

- Eine solidarische Gesundheitsversicherung in die alle Menschen, die in

Fortsetzung auf Seite 6

Muss eine Kreisverwaltung nicht auch für die Bürger da sein?

Genosse Heinz Venhaus sprach mit unserem Redaktionsmitglied Achim Müller über die Probleme entlang der Landesstraße 18

Seit der Einführung der LKW-Maut auf Autobahnen versuchen immer wieder Spediteure / Kraftfahrer diese zu umgehen. So geschieht es auch tagtäglich auf der L 18 die von Neuruppin nach Wittstock führt. Die Anwohner an dieser Straße klagen (ebenso wie die Anwohner der B167 in Alt Ruppin) seit Jahren über den ständig zunehmenden LKW-Verkehr durch »Mautflüchtlinge«. Dieser zusätzliche Verkehr beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität, sondern ist nach Darstellung der Anwohner auch sehr gesundheitsgefährdend und gefährlich. Auch werden dadurch massive Schäden an den Wohngebäuden verursacht.

Nun gibt es noch ein anderes gravierendes Problem entlang der L 18. Da es zwischen den einzelnen Orten und z. T. auch innerhalb der Ortschaften weder einen Geh- noch Radweg gibt, ist es lebensgefährlich, sich dort zu bewegen, wenn LKW mit Autobahn-Geschwindigkeit an Fußgängern oder Radfahrern vorbeirasen. Seit Jahren fordern deshalb die Bürger eine Geschwindigkeitsbegrenzung außerhalb der Ortschaften sowie ein LKW Fahrverbot

für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen in den Nachtstunden von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Genauso wie die Anwohner von Flugplätzen wollen hier die Bewohner ruhig schlafen können. Als sich Mitglieder der Bürgerinitiative mit ihren Anliegen an die Kreisverwaltung OPR wandten, wurden sie und ihre Argumente, dass es ihnen nicht um den normalen LKW-Verkehr (Liefer- und Versorgungs- sowie regionalen Verkehr) sondern ausschließlich um den Maut-Ausweichverkehr geht, einfach »abgebügelt«. In diesem Gespräch verstrickte sich der stellvertretende Landrat Herr Nüse in Widersprüche, indem er angab, über keine belastbaren Zahlen über den LKW-Ausweichverkehr zu verfügen. Als aber die Bürgerinitiative anbot, selbst eine Zählung an den Autobahnanchlussstellen durchzuführen, präsentierte er plötzlich eine »Ermessensprüfung« des Landesbetriebs für Straßenwesen, aus der hervorgeht, dass die »Belastung für Anwohner wegen Mautausweichverkehr nicht erheblich« sei.

Amtsleiter Wittmoser teilte vor einigen Tagen lapidar den Vertretern der Bürgerinitiative in einem Gespräch mit, dass die Kreisverwaltung jeglichen Antrag der Bürger ablehnen werde, weil das Amt die bisherigen Maßnahmen »für ausreichend« halte. Das Straßenverkehrsamt kommt zu der Einschätzung, dass »das Problem nicht akut genug ist«. Da es nur fünf Verletzte in drei Jahren gab, ist die L 18 auch kein Unfallschwerpunkt. Als die Vertreter der Initiative sich mit dieser Meinung nicht einverstanden erklärten, wurde ihnen vom Amtsleiter vorgeschlagen, doch vor Gericht zu klagen, was ihn aber nicht weiter interessierte.

Dass hier politischer Druck durch den Kreistag gemacht werden muss, ist offensichtlich. Auf Nachfrage erklärte unsere Fraktionsvorsitzender Friedemann Göhler, dass diese Problematik zuerst in den Wirtschafts-, Bau- und Vergabeausschuss gehört und sich die Bürgerinitiative an unsere Vertreter vertrauensvoll wenden kann.

Achim Müller

Neues aus dem Landtag

Die aktuelle Stunde der Plenarsitzung am 24. April lautete auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. »Gute Arbeit in Brandenburg und in Deutschland«. Eine breite Mehrheit des Landtages aus SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich gerade im Hinblick auf den 1. Mai für eine humanere Arbeitswelt mit gerechter Bezahlung und einem Mindestlohn aus.

Das neue Sicherungsvollzugsgesetz wurde mit großer Mehrheit vom Landtag angenommen. Nur die CDU-Fraktion stimmte dagegen. Im neuen Gesetz setzt das Land die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um. Bei der Sicherungsverwahrung soll das sogenannte Abstandsgebot eingehalten werden. Das bedeutet, die Sicherungsverwahrung muss sich deutlich vom Vollzug der Freiheitsstrafe unterscheiden.

Auch das neue Justizvollzugsgesetz wurde vom Landtag angenommen. Es stellt die Resozialisierung der Strafgefangenen mehr in den Mittelpunkt. Justizminister Volkmar Schöneburg (DIE LINKE.) hat damit ein in Deutschland als beispielgebend geltendes modernes Gesetz geschaffen.

Der Plenartag am 25.4. begann mit dem Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Direktwahl der Landrätinnen und Landräte sicher stellen – Wahlrecht reformieren – Quorum abschaffen. Mit dem knappen Scheitern von Kornelia Wehlan im Landkreis Teltow-Fläming in der Stichwahl, ist seit der Einführung der Direktwahl nun schon zum sechsten Mal eine Kandidatin/ein Kandidat am Quorum von 15 Prozent der Wahlberechtigten gescheitert. Die Forderung nach einer Abschaffung des Quorums wurde vom Landtag aber mehrheitlich abgelehnt. Dieter Groß stimmte dem Antrag zu.

Vertreter des Landesverbandes »Weißer Ring e.V.«, der »Opferhilfe Land Brandenburg e.V.«, sowie des Hilfsvereins »Der Paritätische Brandenburg



e.V.« weilten auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dieter Groß (DIE LINKE.) im Landtag Brandenburg. Sie waren Gäste der ganztägigen Plenarsitzung und hatten am Rande der Veranstaltung die Gelegenheit mit der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Anita Tack, dem Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg sowie Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE. sich zu Fragen der Opferhilfe, des Schutzes und der Betreuung von Betroffenen auszutauschen.

Weitere Informationen unter www.landtag.brandenburg.de

Deutschland einig Peinlichland

Einer Provinzposse gleich gestaltet sich das Vorspiel zum Jahrtausendreich-Prozess Bundesrepublik Deutschland gegen NSU. Genauso peinlich wie dieses Vorspiel um die Vergabe der gesetzlich sehr begrenzten Presseplätze wird sich die Aktenlage zu den Tatsachen gestalten.

Insgesamt zeigt sich, dass die föderale Grundstruktur dieser Bundesrepublik in Zeiten moderner Kommunikation und Vernetzung an seine Grenzen stößt. Auf gesellschaftlich wichtigen Gebieten wie innerer Sicherheit oder auch Bildung und Zukunft wird wie zu ihrer Gründung immer noch auf das jeweilige Landesinteresse gesetzt. Jedes Bundesland verfolgt so bei der inneren Sicherheit je nach politisch mehrheitlich CDU/CSU-orientierter Parlamentsmehrheit seine Interessen: Rechts ausblenden, kann in meinem Bundesland ja nicht sein... aber das linke Auge ist umso schärfer gestellt. Zur gleichen Zeit, als die NSU-Täter mordend quer durch Deutschland von einem Bundesland ins andere zogen, wurde Die LINKE und ihre demokratisch gewählten Parlamentsvertreter von den Verfassungsschützern der jeweiligen Länder beobachtet und sogar Telefongespräche protokolliert. Zumindest auf dem linken Auge klappte die Zusammenarbeit zwischen Landesverfassungsschützern und Bundesverfassungsschutz.

Warum nicht auf dem rechten Auge? Diese Frage wird im NSU-Prozess sicher weniger als mehr zur Sprache kommen. Und von da aus scheint es nicht verwunderlich, dass die bundesdeutsche Gerichtsbarkeit bei der Anzahl der Zuschauer und Presseplätze auf einen Verteilungs-

schlüssel aus der Weimarer Republik zurückgreift, in der es weniger Medien (Druck- wie auch elektronische Medien) als heute gab. Je weniger Öffentlichkeit für diese Peinlichkeiten, desto besser!

Kleine Nachdenklichkeiten am Rande zum bevorstehenden Prozess: Dieser für die europäischen Nachbarn noch mehr bedeutende Prozess als für viele Deutsche findet vor dem Oberlandesgericht München statt. Die Betonung liegt auf OberLANDES-Gericht. Also das oberste Gericht des Landes Bayern. Sicher gelten für dieses Oberlandesgericht dieselben deutschen Gesetze für Mord und Totschlag wie überall in Deutschland auch. Trotzdem ist dies ein Landesgericht mit allen zu befürchtenden politischen Einflussnahmen, die natürlich - logisch?! - nicht passieren in einem Wahljahr so kurz vor der Bundestagswahl! Ich schaue mal in meine Glaskugel und prophezeie... »... Gutachtenanträge von Klägerseite (Oberlandesgericht Bayern) und dubiose Befangenheitsanträge werden den wirklichen Prozessbeginn bis nach der Bundestagswahl verzögern...« Wenn das Orakel Recht hat, spenden Sie bitte an diese Zeitschrift!

Es wäre auch zu peinlich, wenn vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 das blinde rechte Auge der jetzigen Bundesregierung an die Öffentlichkeit gerät.

Und typisch deutsche amtliche Gründlichkeit: Die wenigen Presse-Beobachterplätze wurden wie auf dem Rummelplatz verlost. Dabei wäre eine

gesamtbundesdeutsche Regelung einfach gewesen: Gesetzesänderungsentwurf zur Erhöhung der Presseplätze in Gerichtsprozessen allgemein in der gesamten Bundesrepublik. Fertig aus! Auf diese Idee schon im Vorfeld der Schlagzeilen zu diesem Prozess kam nicht mal die Bayern-CSU. Was Wunder bei dieser Peinlichkeit

Gesetzlicher Hintergrund zur Diskussion: Nur gesetzlich begrenzte Anzahl Presse hat die Erlaubnis, Text und handgemalte Prozessdarstellungen live vor Ort zu fertigen. Zuschauer im Saal dürfen dies nicht. Bild- und Tonaufnahmen sind nicht gestattet, somit auch nicht Live-Videübertragungen in einen eigenen Presseraum.

Gesellschaftliche Zusammenhänge: Wer gegen Ausländer ist, ist konsequenter Weise auch gegen ausländisches Wirtschaftskapital. Knapp 72% des investierten Kapitals in Konzerne, Banken, Groß- und mittelständische Unternehmen (Stand Statistisches Bundesamt 02/2012) in Deutschland sind ausländisches Kapital. Wer Ausländer aus Deutschland raus will, will auch ausländischen Wirtschaftskapital aus Deutschland raus! Das würde für die deutsche exportorientierte Wirtschaft einen Arbeitsplätzeverlust von rund 70% bedeuten.

Wollen wir das? Die LINKE nicht! Soziale Gerechtigkeit ist unser Ziel. Jeder ausländische Investor, der sich an gewerkschaftliche Tarifvereinbarungen hält, ist uns willkommen!

toberg

Besuch bei der Lebensräume gGmbH

Unser Landtagsabgeordneter Dieter Groß hatte den Sprecher für Behinderten- und Minderheitenpolitik unserer Landtagsfraktion, Jürgen Maresch, zu einer Informations- und Kreisreise zum Thema »Bildung, Inklusion, Menschen mit Behinderung« eingeladen. In diesem Zusammenhang stand auch ein Besuch in der Wohnstätte Gutshof in Neuruppin, in der 23 behinderte Menschen leben und arbeiten, an. Zu dieser Begegnung hatte Dieter Groß auch die Amtsleiterin der Kreisverwaltung für Bildung, Frau Schomschor, eingeladen.

Nach einer Begrüßung durch die Geschäftsführerin der gGmbH, Frau Harlos

und den technischen Leiter Herrn Müller, erfolgte eine Führung über Teile des Geländes unter Einbeziehung der Werkstätten und des Wohnbereiches, bevor man sich in einer Diskussionsrunde zusammenfand. Nachdem die beim Rundgang ausgetauschten Erkenntnisse vertieft und Erfahrungen zusammengefasst waren, vereinbarte Jürgen Maresch, dass er mit Frau Harlos in Kontakt bleiben werde, um angesprochene Probleme noch tiefer zu beleuchten. Insgesamt schätzte Genosse Maresch ein, dass der Begriff Inklusion, wie er gegenwärtig in Brandenburg gehandhabt wird, nämlich nur auf Schule bezogen, viel zu kurz gegriffen ist. Inklusion muss schon

im Kleinkindalter beginnen und bis zum Lebensende wirken. Frau Harlos bedankte sich sehr bei Dieter Groß, der es ermöglicht hat, dass ihre Sorgen und Probleme, aber auch die Erfolge einmal Landespolitikern dargelegt werden konnten.

P.S. Jürgen Maresch, dessen Wahlkreis die Stadt Cottbus ist, war übrigens sehr erstaunt, wie flächenmäßig groß ein Wahlkreis im ländlichen Raum ist und sprach sehr achtungsvoll von Abgeordneten wie Dieter Groß, die solche Strecken tagtäglich bewältigen müssen.

Achim Müller

Aus dem Kreisvorstand berichtet

Aktivitäten in Wittstock

In der KV-Sitzung im April beschäftigten sich die Genossen mit zahlreichen Problemen. MdL Dieter Groß berichtete vom Landtag, u.a. von der Unterstützung der Fraktion für MdL Conny Wehlan, die als Landrat in ihrem Kreis kandidierte und hier auch erstmals von den Bürgern direkt gewählt werden konnte. - In Wahl und darauf folgender Stichwahl hatte sie inzwischen beachtliche Mehrheiten gegenüber dem SPD-Kandidaten erreicht, aber in der Stichwahl nicht die geforderten 15 % der Gesamtwählerstimmen, sodass der neue Landrat nun doch wieder vom Kreistag bestimmt werden muss. »Mehr Demokratie« für die Wähler direkt ist damit nicht wirksam geworden.

Die mehrfach kritisierte Überprüfung von Mitarbeitern der Finanzämter im Land, durch Minister Markov veranlasst, schätzte Genosse Groß als berechtigte Maßnahme ein, weil erwiesen ist, dass etliche Mitarbeiter dort ihre Kompetenzen durch Missbrauch von Kundendaten überschritten hatten.

Zu den Inhalten im Kreistag (Beratung am 21.03.2013) wurde in der

Märkischen Linken vom April bereits ausführlich berichtet.

Karl-Otto Kaschull vom Wittstocker Regionalverband berichtete von zahlreichen Veranstaltungen seiner Genossen, z.B. der Vorbereitung zum 1. Mai, der Organisation einer erneuten erfolgreichen Menschenkette am 16.4.13 gegen Rechts in der Stadt (150 Teilnehmer!), einer Veranstaltung in der Gedenkstätte Belowe Wald, wo auch MdB Kirsten Tackmann aufgetreten ist. Die LINKEN unterstützen weiter ein Fußballturnier der Behinderten im Stadion. Schwerpunkt der politischen Arbeit im Regionalvorstand war vor allem der öffentliche Empfang der Radfahrer von der VVN Schwerin, die zum Gedenken an den Todesmarsch der Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen durch unseren Kreis diese Strecke nachvollziehen.

Genosse Achim Behringer berichtete im Kreisvorstand von einigen Aktivitäten in Neuruppin, u.a. von erfolgreich abgewehrter »Wahlwerbung« der NPD, die sich offensichtlich auf die Kommunalwahlen vorbereitet.

Die Ehrung von Karl Marx zu sei-

nem 190. Geburtstag am 5. Mai und die Vorbereitung des Gedenkens am 8. Mai 2013- Tag der Befreiung - steht weiter im Vordergrund.

Aus dem Bereich Temnitz informierte Genossin Astrid Kailuweit-Venhaus darüber, dass die Beschwerden zur übergroßen Lärmbelästigung durch große LKWs auf der L 18 trotz Ablehnung von Gegenmaßnahmen durch den Kreis weiter Mittelpunkt sind. Große Sorgen haben die Genossen hier hinsichtlich der Aufstellung weiterer, in großem Umfang geplanter Aufstellung von Windkraftanlagen, was offensichtlich hinter dem Rücken der Gemeinden weitet wird.

Im Bereich Kyritz wird u.a. eine Mitgliederversammlung zur vorgesehenen kommunalen Neugliederung der Kreise im Land organisiert. Dazu ist Landesvorsitzender Stefan Ludwig, zugleich Vorsitzender der zuständigen Enquetekommission des Landtages, eingeladen. Der Kreisvorstand beschäftigte sich weiter mit terminlichen Fragen zur Bundestags-Wahlvorbereitung und mit dem Finanzplan.

ch-

100 Prozent sozial

Fortsetzung von Seite 3

- Deutschland leben, mit allen Einkommensarten (also auch Kapitalerträge, Gewinne u. ä.) einzahlen
- Die Private Vollversicherung wird somit überflüssig und soll nur noch auf Zusatzleistungen beschränkt werden (der Übergang der Privatversicherten in die gesetzliche Krankenkasse muss sozial verträglich gestaltet werden)
 - Die Krankenversicherung muss wieder paritätisch finanziert werden. Bei Löhnen und Gehältern trägt der Arbeitgeber 50% und bei Rentnern die Rentenversicherung 50%.

Mehr Würde für Pflegebedürftige, deren Angehörige und Pflegekräfte

Die gesetzliche Pflegeversicherung muss endlich weiterentwickelt werden, damit sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Sie ist total unterfinanziert und gewährt dadurch dem pflegebedürftigen Menschen nur einen Zuschuss der die familiäre, nachbarschaftliche und ehren-

amtliche Pflege nur ergänzen soll, was ein unhaltbarer Zustand ist. Die Linke versteht Pflege als eine gesellschaftliche Aufgabe und somit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss menschenwürdig und an den individuellen Bedürfnissen des Einzelnen ausgerichtet sein. Eine solidarische, wie von der Linken geforderte Pflegeversicherung muss perspektivisch alle Leistungen übernehmen.

Die Linke fordert:

- Der seit 2009 vorliegende neue Pflegebegriff und das neue Begutachtungsverfahren müssen schnellstmöglich vom Gesetzgeber umgesetzt werden
 - Allen Menschen muss es möglich sein, selbstbestimmt zu entscheiden, welche Leistungen (ambulant / stationär, Assistenz) sie in Anspruch nehmen wollen ohne das eigene Budget anzugreifen.
- Kurz gesagt: Eine gute Pflege darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen.

Achim Müller

Kurz berichtet

In diesem Jahr gab es über 60 Ostermarschveranstaltungen in der Bundesrepublik - trotz des schlechten Wetters. Ganz stark im Mittelpunkt stand dabei der Protest besonders der LINKEN gegen Waffenexporte durch Deutschland und der Stopp von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

xxx

In den Landesverbänden der LINKEN werden die Landeslisten für die Bundestagswahl aufgestellt. Im Hamburg wurde kürzlich auf Platz 1 der auch bei unseren Genossen bekannte Jan van Aken gewählt.

xxx

In seiner Beratung vom 13./14. April 2013 hat der Parteivorstand der LINKEN den Leitantrag für den Parteitag am 14.-16. Juni 2013 in Dresden - das Bundestagswahlprogramm beschlossen.

Unser Rechtstipp

Noch einmal zum Medizinrecht

Guter Rat ist teuer, zumal in juristischen Fragen. Anders beim Medizinrechts-Beratungsnetz. Jeder Mensch bekommt hier ein kostenloses Orientierungsgespräch zu seiner eigenen Problemstellung in Medizin- und Sozialrecht. Sowohl Patienten als auch Ärzte haben hier die Möglichkeit, sich ohne

Kostenrisiko und in Wohnortnähe kompetenten Rat von den Vertrauensanwälten des Medizinrechts-Beratungsnetzes in medizinrechtlichen Fragen geben zu lassen: zur weiteren Vorgehensweise, weiteren Beratungsmöglichkeiten und zu Erfolgsaussichten in allen Bereichen der Patientenrechte.

Also nicht nur im Konflikt mit dem Arzt, sondern auch bei Fragen zur Erstattung von Leistungen, Einstufung in der Pflegeversicherung und so weiter.

Mit Beratungsschein zum Vertrauensanwalt

Wer Rat benötigt, kann sich an das Medizinrechts-Beratungsnetz wenden. Dazu steht eine kostenfreie, bundesweit einheitliche Tele-

fonnummer (0800 - 073 24 83; Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr) zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Medizinrechts-Beratungsnetzes fertigen einen Beratungsschein aus, auf dem alle wichtigen Angaben zum Ablauf zusammengefasst - einschließlich der Adresse des räumlich und fachlich nächst liegenden Vertrauensanwalts. Mit dem Hinweis auf den Beratungsschein kann der Interessent einen Termin für die Erstberatung vereinbaren. Durch das Gespräch wird der Ratsuchende so informiert, dass er anschließend selbst die Entscheidung über sein weiteres Vorgehen treffen kann.

Die Stiftung Gesundheit hat im Jahr 2000 das Medizinrechts-Beratungsnetz initiiert und dessen Entwicklung begleitet. Zusammengeschlossen haben sich die Vertrauensanwälte im Medizinrechtsanwälte e. V.

In Neuruppin / OPR gehört dazu Rechtsanwalt Gerd Klier, Fachanwalt für Medizinrecht.

Die 10. war wieder toll

Kyritzer Frauentagsnachlese

Die diesjährige Frauentagsmatinee in Kyritz unter der »Regie« von unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann war wieder ein voller Erfolg. Zwar auf Grund des ungünstigen Winterwetters nicht ganz so reichlich besucht wie sonst, kamen alle Teilnehmer/innen trotzdem voll auf ihre Kosten. Gisela Oechelhäuser aus Berlin, die bekannte Kabarettistin, langjährige Chefin der »Distel«, sorgte mit ihren Darbietungen ordentlich für Stimmung, immer wieder herzliches Lachen und für viel Beifall. - Es war übrigens die 10. Frauentagsmatinee in Kyritz, ein kleines Jubiläum. Danke an Kirsten Tackmann und ihre Mitarbeiter!

Zu Beginn der Veranstaltung hatte Genossin Tackmann Frau Bürger aus Sieversdorf mit ihrer Mutter herzlich begrüßt. Ihre Familie - mit 9 Kindern - hatte vor Weihnachten durch einen vernichtenden Brand ihr Haus und sämtliches Eigentum verloren. Kirsten Tackmann übergab der Familie von ihren Abgeordnetendiäten eine bedeutende Spende. Weiter erhielt die Familie von ihr inzwischen noch Karten für einen kostenlosen Tagesaufenthalt im Neuruppiner Erlebnisbad im Hotel Fontane.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

| | | | | | |
|----|-------|---------------------|----------------|-----|-----|
| Am | 11.6. | Wolfgang Kretschmar | in Altfriesack | zum | 85. |
| Am | 13.6. | Karl-Otto Kaschull | in Wittstock | zum | 70. |
| Am | 15.6. | Marianne Timm | in Kyritz | zum | 80. |
| Am | 17.6. | Marlene Knebl | in Wall | zum | 67. |

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Kurznachrichten

Bücherlesen auf dem Markt

Eine Lesung »Wider das Vergessen« veranstalteten die Kyritzer Genossen anlässlich des 80. Jahrestages der faschistischen Bücherverbrennung. Sie trafen sich dazu mit interessierten Bürgern auf dem Kyritzer Marktplatz.

Mahnung zum Kampftag

In der vorigen Ausgabe unserer Märkischen Linken veröffentlichten wir eine Zeichnung unter dem Titel »Solidarität«. Unsere Neuruppiner Malerin und Designerin Marianne Kühn-Berger hatte sie uns extra für den 1. Mai 2013 zur Verfügung gestellt - gewissermaßen als ein Sinnbild für den Kampftag, was der 1. Mai nach wie vor für uns ist!

An unsere Leser!

- Ich bin am ständigen Bezug der *Märkischen Linken* interessiert.
- Ich bin auch an anderen Informationen (schriftlichen Materialien) über die LINKE interessiert.

Meine Anschrift lautet:

Zutreffendes bitte ankreuzen und einsenden an:

Die LINKE, Kreisgeschäftsstelle 16816 Neuruppin, Schinkelstr. 13, Redaktion *Märkische Linke*, (E-Mail: kv@linkspartei-opr.de oder telefonisch an 03391.655420 oder 03391.2383) oder an die Geschäftsstellen in Kyritz bzw. Wittstock (Anschriften siehe Impressum)

Wenn Sie diese Ausgabe der *Märkischen Linken* gelesen haben, werfen Sie sie nicht weg! Geben Sie sie an Freunde oder Nachbarn weiter!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke Kreisvorstand OPR
 Kto.-Nr.: 1632361, BLZ: 160 619 38
 Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Kino in der Kulturkirche

»Begleitung« für eine interessante Ausstellung

Seit Eröffnung der Ausstellung von Bildern und Zeichnungen des Schauspielers Armin Müller-Stahl in der Pfarrkirche Neuruppin gibt es dort auch jeden Mittwochabend (20 Uhr) einen Film mit diesem vielseitigen Künstler (der übrigens durch 35 Filme in der DDR, über 50 in Westdeutschland, 35 in den USA/Hollywood und anderswo international bekannt ist, außerdem als Musiker und als Maler). »Jakob der Lügner«, »Nackt unter Wölfen«, »Ein Lord am Alexanderplatz«, »Fünf Patronenhülsen« u.a. konnte man hier in bester künstlerischer Qualität, unpathetisch und geprägt von hohen menschlich-moralischen Werten erneut auf sich wirken lassen - und man war immer beeindruckt. Kino wieder mal mitten in der Stadt, wo viele Leute wohnen, noch dazu eintrittsfrei

- man hätte sich manchmal mehr Besucher gewünscht. Schade. Sicher war's auch oft zu wenig publik gemacht. Am 22. und 29. Mai 2013 um 20 Uhr kann man die Gelegenheit für ansehenswerte Filme mit Armin Müller-Stahl noch nutzen! Mancher Besucher hat sich vor dem Film auch noch in die Ausstellung vertieft. Es gibt bekanntlich unterschiedliche Ansichten zu moderner Malerei. Aber dass diese sehenswerte Ausstellung eines weltberühmten Schauspielers in unserer kleinen Stadt Neuruppin stattfindet, sollte man durchaus als ein bedeutendes Ereignis würdigen. Sie hat übrigens viele Besucher - aus Neuruppin, dem Kreis, aus Berlin und anderen Städten. Bis 31. Mai ist noch Gelegenheit, sie anzusehen!

ch-

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

| | |
|----------------------|--|
| Dienstag, 21.05.13 | Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Rheinsberg – Lindow und Neuwahl des Regionalvorstandes 19.00 Uhr, Rheinsberg- H.-Rau-Schule |
| Mittwoch, 22.05.13 | Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Donnerstag, 23.05.13 | Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Temnitz 19.00 Uhr, Walsleben-Kartoffellagerhaus |
| Dienstag, 28.05.13 | Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Mittwoch, 29.05.13 | Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Donnerstag, 30.05.13 | Stefan Heym-Lesung 18.00 Uhr, Wittstock-Galerie Marktgasse |
| Montag, 03.06.13 | Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin-Bibliothek |
| Donnerstag, 06.06.13 | Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1 |
| Donnerstag, 06.06.13 | Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2 |
| Montag, 10.06.13 | Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Montag, 10.06.13 | Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1 |
| Montag, 10.06.13 | Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 |
| Mittwoch, 12.06.13 | Stadtverordnetenversammlung Kyritz 18.30 Uhr, Kulturhaus Kyritz |
| Donnerstag, 13.06.13 | Beratung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin 16.30 Uhr, Oberstufenzentrum Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 39 |
| Montag, 17.06.13 | Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Rathaus A, K.-Liebknecht-Str. |

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Tel.: 030 / 227 74 309,
Fax: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro, Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**

Tel.: 033971 / 328 57
Fax.: 033971 / 328 93
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvert. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und Landesjugendhilfeausschuss.

Tel.: 0331 / 9661526
Funk: 0172 / 3500435
www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**

Tel.: 03394 / 4997064
Fax.: 03394 / 4997065
E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo 10.00-13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**

Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391 / 2383

Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 14.00 Uhr
Fr. 10.00 - 13.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Friedemann Göhler

Tel.: 03391 / 2383
Funk: 0176 / 20627803

Sprechzeiten: Mo. (2./4.) 16.00 - 17.00 Uhr.

DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 655420
Fax: 03391 / 655422

www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe nebenstehende Termine.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;

Tel.: 033971 / 72086
Fax: 033971 / 32893

E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Mo. - Fr. 09.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;

Tel.: 03394 / 4997066
Fax.: 03394 / 4997065

E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de

Sprechzeiten: Di. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**

Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);

Redaktion: Dr. Lutz Geue, Christa Horstmann,

Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 31.05.2013

Erscheinungsdatum:

Mi., 12.06.2013